Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1539
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 234. Montag, 6. Oktober 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Entscheidende Schritte der Deutschen Volkspartei.

Keine Fortführung der bisherigen Koalition — Aufnahme der Deutschnationalen oder Austritt der Deutschen Volkspartei aus der Regierung — Die Gefahr einer Reichstagsauflösung.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin. In den maßgebenden parlamentarischen Kreisen ist man übereinstimmend der Auffassung, daß an eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Regierungsumbildung auf der vom Reichskanzler **Dr. Marx** vorgeschlagenen Basis nicht mehr zu denken ist. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird, wie nach den Erklärungen maßgebender deutschnationaler Abgeordneter feststehen dürfte, auf keinerlei Verhandlungen mit der Sozialdemokratie eingehen, sodaß Dr. Marx seine Bemühungen um die Mitarbeit der Sozialdemokratie endgültig einstellen muß. Da nunmehr die Gefahr besteht, daß die Aktionen zur Umbildung des Reichskabinetts vollkommen ins Stocken geraten, bereiten sich die **Führer der Deutschen Volkspartei** auf einen **entscheidenden Schritt** vor. Wie wir hören, wird die Deutsche Volkspartei sich veranlaßt sehen, dem Reichskanzler Dr. Marx die Mitteilung zu machen, daß **ein Fortbestand der gegenwärtigen Minderheitsregierung Marx-Stresemann für sie nicht mehr in Frage komme.** Die gegenwärtige Lage erfordere dringend eine tragfähige Regierungsmehrheit, die alle positiv gerichtete Parteien umfassen müsse. Da die Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie zu keinem Ergebnis führen werde, so komme nur noch eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts in Frage. Für den Fall, daß die Hinzuziehung der Deutschnationalen in die Reichsregierung **nicht** gelingt, werde die Deutsche Volkspartei **aus der Regierungskoalition ausscheiden** müssen.

Dieser Schritt der Deutschen Volkspartei, der nach den uns vorliegenden Informationen unmittelbar bevorsteht, wird voraussichtlich von entscheidender Bedeutung sein. In den parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß das Zentrum zur Vermeidung einer ernsten Regierungskrise unter bestimmten Voraussetzungen bereit sein wird, die Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts mitzumachen. Allerdings würde das Zentrum darauf bestehen, daß auch die Demokraten weiterhin im Reichskabinett vertreten sind, da sonst die Gefahr eines Uebergewichtes der Deutschnationalen gegeben sei. Wahrscheinlich wird die Deutsche Volkspartei bemüht sein, diesen Wünschen des Zentrums entgegenzukommen, zumal sie selbst in stärkstem Maße daran interessiert ist, daß der gegenwärtige außenpolitische Kurs fortgesetzt wird. Falls jedoch die Demokraten auf die Umbildung des Kabinetts ohne Mitwirkung der Sozialdemokraten nicht eingehen, so besteht nach wie vor die Gefahr, daß eine Lösung des Regierungsproblems unmöglich gemacht wird. In einem solchen Falle würde die Frage einer Auflösung des Reichstages, die gegenwärtig lediglich als Druckmittel auf die Parteien zur Erörterung gelangt, tatsächlich akut werden.

In den deutschnationalen Kreisen wird sogar behauptet, daß die Linke unter nachdrücklicher Unterstützung des Reichspräsidenten Ebert direkt auf Neuwahlen hinarbeitet. Derartige Erwägungen mögen zwar von der Sozialdemokratie und den Demokraten tatsächlich ausgehen, aber es steht ebenso mit Sicherheit fest, daß die Reichsregierung ernsthaft eine derartige Lösung zurzeit noch nicht ins Auge gefaßt hat. Der Reichskanzler würde nur dann zu diesem äußersten Mittel greifen, wenn alle Wege einer Lösung der parlamentarischen Krise verbaut sind. Augenblicklich ist aber die Lage durchaus noch nicht so hoffnungslos, daß eine derartige Lösung akut erscheinen könnte. Vielmehr besteht der Gesamteindruck, daß bei einem gegenseitigen Entgegenkommen die Umbildung des Reichskabinetts gesichert werden kann.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag treten in der laufenden Woche sämtliche Fraktionen zusammen, um zu den Beratungen über die Regierungserweiterung Stellung zu nehmen. Für den Mittwoch vormittag sind die demokratische Fraktion und die Zentrumsfraktion einberufen worden, am Mittwoch nachmittag treten die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu ihren Fraktionssitzungen zusammen. Die anderen Fraktionen haben noch keine Einladungen an ihre Mitglieder ergehen lassen. Auch verschiedene Ausschüsse des Reichstags werden ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Für Montag ist der Verkehrsausschuß einberufen worden, der im Anschluß an diese Sitzung eine Reise zur Besichtigung der Hafenanlagen in Königsberg i. Pr. unternehmen wird. Das Plenum des Reichstags wird erst in der übernächsten Woche, am 15. oder 16. Oktober, sich wieder versammeln.

„Z. R. 3" ein Markstein für den deutschen Wiederaufstieg.

)(London. Laut „Observer" flog der britische Luftschiffsachverständige, das Parlamentsmitglied Burney, vorgestern nach Friedrichshafen, um den „Z. R. 3" vor seiner Abfahrt nach Amerika zu besichtigen. Der Berliner Berichterstatter des „Observer" schreibt: Wenig Schiffe hätten den Hafen mit so viel Hoffnungen verlassen, wie dieser Luftriese, dessen letzter Anblick einen **epochemachenden Zeitpunkt** in der Geschichte der **langsamen aber sicheren Schritte Deutschlands in der Richtung auf seinen Wiederaufstieg bedeute.**

Mussolini über Deutschlands Wirtschaftsgefahr.

Mussolinis innerpolitisches Programm.

)(Mailand. Die Konstitutionelle Vereinigung veranstaltete gestern einen Empfang zu Ehren Mussolinis. Senator Greppi rühmte dabei in einer Rede die äußere und die Finanzpolitik der nationalen Regierung, die von Mussolini erneuert worden sei, und sprach ihr das uneingeschränkte Vertrauen aus.

Mussolini, der, lebhaft begrüßt, darauf das Wort ergriff, betonte, der Faschismus habe eine Mitarbeit in einem Kabinett unter dem Vorsitz Giolittis oder eines anderen Premierministers nicht annehmen können. Man wäre aus der Sackgasse, in der man sich befand, nicht herausgekommen. Gegenüber denen, die davon phantasierten, daß er Herrschaftsträume hege, betonte Mussolini, daß niemand ein ergebenerer und treuerer Diener der Dynastie sei, als er. Die Armee ist außerhalb der Umbildung geblieben. Ich habe auch die Kirche und die Verfassung respektiert und schuf in Wahrheit eine Koalitionsregierung.

Die **äußere Politik** ist von allen Seiten so gerühmt worden, daß ich es nicht nötig habe, meine persönlichen Bemerkungen hinzuzufügen. Ich möchte nur sagen, daß, als ich das Ministerium des Aeußeren übernahm, die Außenpolitik vor dem Bankerott stand. Mussolini wies in diesem Zusammenhange auf die **Reihe der italienischen Erfolge** in Fiume, im Jubaland und dem Dodekanes hin, und hob die Anerkennung Rußlands durch Italien hervor.

Die Resultate der Finanzpolitik der Regierung seien glänzend. Im weiteren Verlaufe seiner Rede hob Mussolini die Haltung der faschistischen Partei hervor, die sich niemals erlaubt habe, ihm Bedingungen zu stellen. Hätte sie es getan, so würde er sie zurückgewiesen haben. Der Faschismus käme nicht an die Macht infolge einer Tagesordnung, sondern durch große Opfer, bei denen Tausende auf den Wegen und Plätzen Italiens verblieben.

Er (Mussolini) könne nicht die Möglichkeit begreifen, daß ein Parlament sich seiner Regierung durch eine einfache Abstimmung entledige.

Der Faschismus sei nicht wie die anderen Parteien. Infolgedessen könne er das Parlament nicht als den einzigen Ort betrachten wo alle politischen Situationen ihre regelmäßige Lösung zu finden hätten. Es sei abgeschmackt, die Abschaffung der Miliz zu verlangen, die nützliche Dienste geleistet habe und noch leisten werde.

Uebrigens ist der Faschismus ein imposantes Phänomen. Er ist eine ganz ursprünglich italienische Schöpfung. Ein Volk, das zur Macht gelangen wolle, brauche **Disziplin.** Er schloß mit der Erklärung, daß der Faschismus keinerlei Mitarbeit zurückweise, daß er nicht beabsichtige, die Grundgesetze des Staates abzuändern. Er wolle lediglich für ein neues System im Innern sorgen, das absolut notwendig ist, weil das gegenwärtige Italien nicht das Italien von 1830 ist.

Nachdem der Vorsitzende des Verfassungsvereins aufs neue die Anhänglichkeit der Liberalen Partei an die faschistische Regierung bestätigt hatte, begab sich Mussolini auf das Rathaus. Infolge der andauernden Beifallskundgebungen erschien er sodann auf dem Balkon und sprach in kurzer Rede über den **Patriotismus und die Disziplin des Faschismus.** Stürmischer Beifall begrüßte seine Worte. Die Aeußerungen Mussolinis über die internationale Stellung lauteten etwa folgendermaßen: Der wesentlichste Punkt unserer Aufgabe ist die Entwicklung unserer Bevölkerung. Italien ist ein geburtenreiches Land und ich bin darüber sehr glücklich. Wir haben einen **jährlichen Geburtenüberschuß** von 440 000 Personen. Wir müssen unser Gebiet ausnützen bis zum Aeußersten, bis auf den letzten Stumpf. Wenn ein Volk in solchem Maße wächst, hat es nur drei Wege vor sich, entweder sich der Unfruchtbarkeit ergeben und dazu sind die Italiener zu intelligent oder Krieg führen oder Märkte für den Abfluß seines Ueberschusses an menschlichen Armen zu suchen.

Ein neuer Stern erhebt sich über dem Horizont, der Stern Deutschland.

Deutschland, das wir vernichtet glaubten, ist schon wieder bereit. Es bereitet sich furchtbar auf seine ökonomische Wiedervergeltung vor. Im Jahre 1925 wird es den Kampf beginnen, um die Märkte zu erobern. Glauben Sie, daß wir uns mit Spielzeug für den inneren Gebrauch unterhalten können, während wir morgen Prüfungen gegenüberstehen werden, in denen es sich entscheidet, ob wir am Leben bleiben oder nicht, ob wir zu einer Kolonie werden oder eine Großmacht bleiben? Ich erkenne an, daß wir Fehler begangen haben, aber wir haben uns einem Trümmerhaufen gegenüber befunden. Alles mußte wieder hergestellt werden. Der ganze Geist der Nation war umzubilden und die ganze Verwaltung auf eine neue Linie zu führen. Neue Ziele und die Mittel, sie zu erreichen, mußten festgesetzt werden. Das alles haben wir getan, obwohl wir keine Kenner von Finessen sind, sondern nur Männer, wie sie nicht schlechter und nicht besser und deshalb allen Leidenschaften und allen menschlichen Täuschungen unterworfen sind.

Das Echo zu Mussolinis Rede.

Rom. (Funkspruch.) Mussolinis gestrige Rede in Mailand, in der er unter anderem noch die Gründung dreier neuer Universitäten in Mailand, Florenz (?) und Bari verkündete, wird von der Presse lebhaft besprochen. Popolo d'Italia, Messaggero und Sekolo billigen Form und Inhalt dieser Rede. „Giornale d'Italia" schreibt, daß sich Mussolini außerhalb der Verfassung gestellt und die konstitutionellen Parteien direkt herausgefordert habe. „Corriere della Sera" meint, Mussolini habe niemals seinen antiliberalen Geist so klar offenbart wie in dieser Rede. Es sei nur verwunderlich, daß Mitglieder der konstitutionellen Parteien eine solche verfassungswidrige Rede mit Beifall begleitet haben. Stam überschreibt ihren Kommentar „Gegen die Verfassung" und führt aus, daß die Rede die öffentliche Sabotage des monarchistisch-parlamentarischen Regimes sei und das offene Bekenntnis zu einer Parteiregierung, welche auf der Gewalt fuße und außerhalb und gegen die Gesetzlichkeit sei. Giustitia findet, daß Mussolini zu viel rede und immer nur neuen Brennstoff liefere für Polemiken, ohne jemals eine Lösung zu bringen.

„Reichsbahn und Dawes-Plan."

)(Hamburg. Reichsminister **Oeser** eröffnete am Sonnabend mit einem Vortrag über das Thema **„Reichsbahn und Dawes-Plan"** die Reihe von Vorträgen, die der Ueberseeklub in Hamburg in diesem Jahre veranstaltet. Die Frage der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen des Abkommens von London beantwortete der Redner dahin, daß die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen im Bereich der Möglichkeit liegen dürfte, wenn die normale Lage der Wirtschaft sich weiter festige und keine Erschütterungen einträten. Die Heranziehung der Reichsbahn zu den Reparationszahlungen sei eine Notwendigkeit; eines Eingriffes der Entente hätte es hier nicht bedurft. Der Minister schilderte dann die Entwicklung der Reichsbahn vom Augenblick der Loslösung bis zum jetzigen Stand, der die Reichsbahngesellschaft als größtes Unternehmen der Welt und als fähig zeige, zu den Reparationsleistungen beizutragen. Er schloß nach einem Ueberblick über die Gliederung und die Einrichtungen der neuen deutschen Reichsbahngesellschaft mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich der große Beamten- und Angestelltenkörper der hohen vaterländischen Arbeit, deren Erfüllung der Reichsbahn obliege, bewußt sei.

Der 21. Oktober bleibt Endtermin der wirtschaftlichen Räumung.

Die zweite Feststellung der Reparationskommission, die programmäßig am 5. Oktober erfolgen sollte, muß um einige Tage verschoben werden, keinesfalls aber über den 13. Oktober hinaus, weil noch nicht alle Voraussetzungen dafür erledigt sind. Insbesondere liegt die Verzögerung daran, daß die Anleiheverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Jedoch braucht, wie wir von zuständiger Stelle hören, in dieser Hinsicht keinerlei Besorgnis gehegt zu werden, denn es handelt sich nur noch um die Ueberwindung einiger technischer Schwierigkeiten. Durch die Verschiebung der zweiten Feststellung verschiebt sich aber nicht auch der Zeitpunkt, in dem die wirtschaftliche Räumung beendet sein soll. Nach Art. 31 des Londoner Abkommens ist der Endtermin der wirtschaftlichen Räumung klar auf den 21. Oktober festgelegt worden.

Die Kämpfe in China.

London. (Funkspruch.) Reuter meldet aus Mukden: Tschangtsolin Hauptquartier berichtet, daß ein Teil der 3. Brigade den Rückzug der Tschilitruppen abgeschnitten habe. Die Truppen von Chaveng südwestlich von Lingyam hätten eine gemischte Brigade gefangen genommen. Die 9. Division der Tschilitruppen, deren Front durchbrochen wurde, würde durch die Fengtientruppen verfolgt, wobei zahlreiche Geschütze, Gewehre und Munition sowie Vorratslager erobert worden seien.

Um die Wiederherstellung des französischen Kredits.

Paris. (Funkspruch.) Anläßlich einer Automobilausstellung in Paris fand gestern ein Bankett statt, dem außer dem Präsidenten der Republik auch Herriot und fast sämtliche in Paris weilenden Minister beiwohnten. Präsident Doumergue hielt eine Rede, in deren Verlauf er sich mit der Finanzfrage beschäftigte. Sie haben, erklärte er, zu viel Geschäftssinn, um sich nicht darüber klar zu sein, daß die Frage des öffentlichen Kredits notwendigerweise die Frage des privaten Kredits beeinflussen muß und daß in einem Staat mit unsicheren Finanzen die Industrie und der Handel behindert, wenn nicht gar in ihrer Initiative aufgehoben wird. Um das zu verhindern, ist in erster Linie notwendig eine Politik unerbittlicher Maßnahmen, welche von den Steuerzahlern harte Opfer fordern. Sie werden übrigens als Entschädigung für diese Opfer durch die Wiederherstellung des Kredits Frankreichs Vorteile erlangen, was aber eben nur möglich ist, wenn steuerliche Maßnahmen unternommen werden, um unser Budget aufrichtig und gründlich auszugleichen.

SLUB
Wir führen Wissen.